

Bündnis 90/Die Grünen, KV Kaiserslautern, 19. April 2024

**Frage 1: Was bedeutet für Sie und Ihre Partei Inklusion?**

Antwort 1: Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Wir GRÜNE sind uns der politischen Verantwortung für eine gleichberechtigte Teilhabe bewusst. Die Grüne Politik hat von jeher Inklusion fest in ihren Programmen verankert. Auch wir Grüne in Kaiserslautern setzen uns für eine inklusive, vielfältige Gesellschaft ein. Für eine inklusive Gesellschaft müssen sich aber nicht nur die Menschen mit Behinderungen anpassen, sondern die Gesellschaft muss neu gestaltet werden.

Die Einrichtung des Inklusionsbeirats in Kaiserslautern ist das Ergebnis unseres Antrags von 2018. Das bedeutet eine Veränderung für alle und beginnt mit dem Abbau von Barrieren in den Köpfen, einem Ausgleich und der Beseitigung von Benachteiligungen. Wir glauben, dass sich durch die Maßnahmen im Rahmen der Inklusion die Lebensqualität aller Menschen in der Stadt verbessert. Wir Grüne halten aus diesem Grund weiterhin am Aktionsplan Inklusion fest.

**Frage 2: Beschäftigt sich Ihre Partei im aktuellen Kommunalwahlprogramm mit dem Thema Inklusion? Wenn ja, wie wichtig ist Ihnen Inklusion und haben Sie konkrete Vorhaben oder Maßnahmen in diesem Themenbereich?**

Antwort 2: Inklusion ist die Anerkennung der Vielfalt unterschiedlicher Lebensumstände. Die inklusive Gesellschaft ist eine Bereicherung. Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der es normal ist, verschieden zu sein und zu der alle Zugang haben. Wir wollen, dass alle Menschen gleiche Freiheitsrechte und Teilhabechancen wahrnehmen und selbstbestimmt leben, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Behinderung, Alter oder Elternhaus. Das Recht auf Selbstbestimmung und Partizipation für Menschen mit Behinderungen, sowie ein umfassender Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung muss gewährleistet sein. Die Achtung der Würde, Autonomie, Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, die Nichtdiskriminierung, die volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft, die Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt, die Chancengleichheit, die Barrierefreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Achtung der Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität sind nicht verhandelbar.

Wir nehmen beim Abbau von Barrieren ideologische genauso in den Blick wie soziale, kommunikative, technische und solche im ÖPNV. Wir betrachten für eine inklusive Gesellschaft weiter auch

Fragen des Arbeitsmarkts, der Wohnungspolitik, Bildungspolitik, Kulturpolitik oder der Gesundheitsversorgung. Wir legen besonderen Wert darauf die Forderungen der BRK umzusetzen und den Inklusionsbeirat noch stärker an städtischen Entscheidungen zu beteiligen.

Den neu erarbeiteten Aktionsplan Inklusion für die Stadt sehen wir als zentrales Steuerungselement auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft.

Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sind die Absenkung von Bordsteinen, les- und hörbare Angaben an Haltestellen sowie in und an den Bussen, barrierefreie Gebäude, frei zugängliche Behindertentoiletten, einheitliche Beschilderungen in der Stadt sowie Behördenformulare in leichter Sprache nur Beispiele.

Wir sehen die Notwendigkeit von stärkerer Sensibilisierung der städtischen Entscheidungsträger und werden kontinuierlich dazu beitragen. Besonders beim Wohnen wollen wir den Fokus und die Unterstützung auf inklusive Projekte setzen.

Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankten, insbesondere Kinder und ältere Menschen, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose sind häufig von Armut bedroht oder bereits betroffen. Wir fördern und fordern die Vernetzung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Armutsstrategien.

Streetwork, Angebote wie Stadtteilbüros und einen barrierefreien psychosozialen Wegweiser für Unterstützungsangebote halten wir für zwingend erforderlich für ein soziales Miteinander und als Voraussetzung für Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe.

**Frage 3: Mit dem Motto "Viel vor für Inklusion! Selbstbestimmt leben - ohne Barrieren" wollen wir als Arbeitsgruppe die Bevölkerung beim diesjährigen Protesttag am 04. Mai sensibilisieren.**

**Welche Anliegen, Anregungen oder Fragen haben Sie hierzu?**

Antwort 3: Wir Grüne wünschen uns eine dauerhafte, konstruktive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit der Aktionsgruppe, bspw. durch gemeinsame Veranstaltungen, Vorträge etc.. Wir sind für viele Formate offen und bringen gerne unser politisches Netzwerk ein.

*Für den Vorstand Silke Kunz, Mitarbeit: Silvia Meck, Sebastian Bold und Dominik Frey*